

Jüdische Siedler nehmen Gesetz in die Hand

Und Washington verurteilt die jüdischen Siedler, da ihre Gewaltausbrüche schlimmer seien als die täglichen palästinensischen Angriffe auf sie.

Einige wenige Juden versetzen die internationale Gemeinschaft erneut in Aufruhr. Washington fordert von Israel, die jüdischen Siedler zu finden, zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen, die am Wochenende Grundstücke in einem palästinensischen arabischen Dorf angegriffen haben.

Wie üblich wird die ganze Angelegenheit von den Mainstream-Medien mit wenig oder gar keinem Kontext dargestellt, wodurch die bereits gehassten jüdischen Siedler weiter als abscheuliche Schurken dargestellt werden.

Ihr Amoklauf vom Wochenende fand jedoch nicht in einem Vakuum statt, und ganze jüdische Gemeinden sind bereits von den israelischen Behörden für die Taten einiger weniger "kollektiv bestraft" worden.

Unter Belagerung

Seit einigen Tagen stürmen palästinensische Araber aus dem Dorf Umm Safa in der Region Binyamin nördlich von Jerusalem auf die Straße 465 und greifen israelische Fahrzeuge an. Mehrmals haben sie die Straße, die an die Autobahn 60 anschließt, vollständig blockiert und damit die jüdischen Gemeinden Ateret und Neve Tsuf (Halamish) praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Außerdem griffen sie wiederholt jüdische Viehhirten in der Nähe von Ateret an.

Ein örtlicher Sicherheitsbeamter sagte, es sei ein Wunder, dass keine jüdischen Einwohner ernsthaft verletzt oder getötet wurden.

Diese Ereignisse, wie auch die täglichen Angriffe auf Juden in Samaria, wurden von den internationalen Mainstream-Medien fast vollständig ignoriert. Jüdische Bewohner des biblischen Kernlandes fordern seit Monaten eine größere Militäroperation gegen die terroristische Infrastruktur dort, und viele haben gesagt, dass sie nun keine andere Wahl haben, als die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Gegenwehr

Als Ateret und Neve Tsuf am Wochenende erneut belagert wurden, organisierten sich Juden aus den Nachbargemeinden und kamen in das Gebiet, um ihre Brüder zu verteidigen.

Mehrere Dutzend jüdische Bürgerwehren drangen in Umm Safa ein und setzten mehrere Autos und zwei Häuser in Brand, um die Abschreckung wiederherzustellen, die die IDF ihrer Meinung nach verloren hat.

Israel Gantz, der Vorsitzende des Regionalrats von Binyamin, sagte, die ganze Angelegenheit hätte vermieden werden können, wenn die IDF auf seine Aufrufe zur Entsendung von Streitkräften in das Gebiet gehört hätte. Zuvor hatten die Palästinenser in den sozialen Medien dazu aufgerufen, auf die Autobahnen zu gehen und Juden zu verletzen.

"Die Armee war nicht richtig vorbereitet, und die Siedler kamen, um sich gegen die arabischen Randalierer zu verteidigen. Einige von ihnen verhielten sich jedoch unangemessen", sagte er.

Razzia

Vier der jüdischen Randalierer wurden am Wochenende verhaftet, und ein großes IDF- und Polizeiaufgebot rückte in Ateret ein und riegelte die gesamte Gemeinde ab, um nach den anderen zu fahnden. Viele fragten sich, warum gegen die palästinensischen Randalierer nicht so hart vorgegangen worden war.

"Die Sicherheitskräfte gehen gegen diese Randalierer vor und riskieren dabei das Leben von IDF-Soldaten, israelischen Polizeibeamten und Shin Bet-Beamten. Diese Gewalt verstärkt den palästinensischen Terror, schadet dem Staat Israel und der internationalen Legitimität der Sicherheitskräfte, den palästinensischen Terror zu bekämpfen, und lenkt die Sicherheitskräfte von ihrer Hauptaufgabe ab, den palästinensischen Terror zu bekämpfen", heißt es in einer Erklärung, die von IDF-Chef Generalleutnant Herzi Halevi, Shin Bet-Chef Ronen Bar und Polizeichef Kobi Shabtai unterzeichnet wurde.

Rechtsgerichtete Mitglieder der Regierungskoalition bezeichneten die Reaktion der Polizei jedoch als "kollektive Bestrafung" der gesamten jüdischen Siedlerbevölkerung in dem Gebiet.

Videoclips, die sich in den hebräischsprachigen sozialen Medien verbreiteten, zeigten Polizisten, die gewaltsam gegen die Bewohner von Ateret vorgingen, als sie die Ausgänge der Siedlung blockierten.

"Machen Sie die Dinge nicht schlimmer"

Finanzminister Bezalel Smotrich rief am Sonntag die jüdischen Siedler auf, das Gesetz nicht in die eigene Hand zu nehmen.

"Ich rufe alle auf, Handlungen zu unterlassen, die dem Siedlungsunternehmen schaden", sagte Smotrich. "Selbst in dieser komplexen Situation ist es schlecht und schädlich, das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen, denn das könnte zu einem Kontrollverlust und gefährlicher Anarchie führen."

Er betonte jedoch, dass es die Aufgabe der IDF und der Polizei sei, den Juden vor Ort ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, damit sie sich nicht in einer Situation wiederfinden, in der Selbstverteidigung die einzige Option zu sein scheint.

"Der Verteidigungsapparat muss angesichts von Terrorismus und Störungen durch Araber, wie sie in den letzten drei Tagen in der Gegend von Ateret in Binyamin aufgetreten sind, mit viel größerer Entschlossenheit handeln", erklärte Smotrich. "Es ist nicht möglich, eine Realität zu akzeptieren, in der sich die Siedler auf den Straßen im Umkreis der Siedlungen wie Enten in einem Schießstand fühlen."

Amerikanische Verurteilung

Die Regierung Biden machte aus einer Mücke einen Elefanten, oder besser gesagt, sie konzentrierte sich auf die Mücke, während sie den Elefanten ignorierte, und verurteilte die rund ein Dutzend erwähnten jüdischen Aktivisten umgehend öffentlich.

Am Freitag sprach der israelische Nationale Sicherheitsberater Tzachi Hanegbi mit seinem amerikanischen Amtskollegen Jake Sullivan, der "seine tiefe Besorgnis über die jüngsten Angriffe extremistischer Siedler auf palästinensische Zivilisten und die Zerstörung ihres Eigentums im Westjordanland zum Ausdruck brachte", heißt es in einem Bericht der US-Regierung über das Gespräch.

Sullivan "bekräftigte, wie wichtig es ist, die Verantwortlichen für solche Gewalttaten zur Rechenschaft zu ziehen".

Auch diese Art der öffentlichen Verurteilung wird von Washington fast nie als Reaktion auf die täglichen Gewaltakte der Palästinenser gegen die in Judäa und Samaria lebenden Juden ausgesprochen.

So wurde beispielsweise ein zweijähriges jüdisches israelisches Mädchen am Samstagabend verletzt, als Palästinenser das Fahrzeug ihrer Eltern auf der Autobahn 60 in der Nähe des Brennpunkts Huwara mit Steinen bewarfen. Haben Sie davon in Ihren lokalen oder nationalen Medien gehört? Wahrscheinlich nicht. Hat die US-Regierung von der Palästinensischen Autonomiebehörde verlangt, die Täter zu bestrafen? Mit Sicherheit nicht. Und solche Vorfälle ereignen sich regelmäßig, manchmal mehrmals am Tag. Vereinzelter Vandalismus oder die Zerstörung von Eigentum durch Juden reichen dagegen aus, um das Weiße Haus in Aufregung zu versetzen.

Hier wird eindeutig mit zweierlei Maß gemessen, und das kommt dem anti-israelischen palästinensischen Narrativ sehr entgegen.

Palästinensischer PR-Sieg

Da die Razzia der israelischen Polizei und die amerikanische Verurteilung der Ereignisse in der internationalen Presse so viel Beachtung finden, während die täglichen palästinensischen Angriffe auf einheimische Juden kaum je erwähnt werden, ist das Ergebnis ein großer Publicity-Sieg für die palästinensische Sache.

Palästinensische Führer können diese verzerrte Darstellung als "Beweis" dafür anführen, dass Juden Araber einfach aus rassistischen Gründen hassen und dass die Anwesenheit von Juden im biblischen Kernland eine Bedrohung für den Plan der internationalen Gemeinschaft darstellt, das Gebiet in einen palästinensischen Staat zu verwandeln.

Von Ryan Jones, 26.06.2023, Israel Heute